



**EUROPÄISCHE UNION**

Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

## **Die Ostdimension der Europäischen Union – Chance und Herausforderung für Europa**

**Dr. Michael Reiterer**  
**Botschafter**

**10. SEC Generalversammlung**  
**Kongresszentrum Messe Basel, 31. März 2009**

**Check Against Delivery**  
**Seul le texte prononcé fait foi**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

Vor 20 Jahren fiel die Berliner Mauer. Vor 5 Jahren traten 2004 die ersten mittel- und osteuropäischen sowie die baltischen Staaten der Union bei, vor 2 Jahren folgten Rumänien und Bulgarien. In relativ kurzer Zeit wurde Geschichte geschrieben, eine Geschichte, die vor 30 Jahren noch als utopisch gegolten hat. In der Zwischenzeit ist in diesen Staaten bereits eine Generation herangewachsen, für die das Leben hinter dem Eisernen Vorhang nur mehr ein Abschnitt im Geschichtsbuch ist. Dies rief der tschechische Innenminister anlässlich der Feierlichkeiten zur Teilnahme der Schweiz am Schengenraum in Zürich vor wenigen Tagen eindrücklich in Erinnerung: Für ihn waren Grenzen und Grenzkontrollen Zeichen der Abschottung. Die Verwirklichung von Freiheit und Sicherheit mit der Ausdehnung des Schengenraumes ist daher allen, die Abschottung erlebt haben, Grund zur Freude, aber auch Mahnmal, keine neuen Grenzen zu errichten.

Die Erweiterung<sup>1</sup> der Europäischen Union bleibt ein sich ständig entwickelnder und wandelnder Prozess: Vor 52 Jahren wurde die Union von 6 Mitgliedsstaaten gegründet, heute zählt sie 27 Mitglieder und in Zukunft werden es noch mehr sein. Die Union hat sich nicht nur geographisch erweitert und ihre Einwohnerzahl erhöht, sondern sie erweiterte auch ihr Betätigungsfeld. Die Union ist nicht länger nur ein Freihandelsabkommen, ein Gemeinsamer Markt, sie wurde eine politische Union, ganz nach der Vision ihrer Gründungsväter. Dies bedeutet, dass die Union über ihren rein wirtschaftlichen Nutzen hinausgewachsen und zu einer Union geworden ist, die bestrebt ist, das europäische Friedensprojekt, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit umzusetzen und die Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle demokratischen Länder zu verwirklichen. Dies gilt für alle, die nicht nur gewillt, sondern auch imstande sind, der Union beizutreten.

Der Erweiterungsprozess ist jedoch noch nicht abgeschlossen, kann noch nicht abgeschlossen sein, der Bau des europäischen Hauses ist noch nicht fertig gestellt, was der EU-Vertrag selbst zum Ausdruck bringt: Artikel 49 des EU-Vertrages<sup>2</sup> bietet all denjenigen europäischen Staaten, die imstande und gewillt sind, die Prinzipien und Werte der Union umzusetzen, Mitgliedschaft an (Art.6)<sup>3</sup>. Die Kopenhagenkriterien von 1993<sup>4</sup> präzisierten diese Forderungen - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und die Fähigkeit, diese Grundsätze auch zu verwirklichen. Hinzu kommen die Fähigkeit, der Wille der Union und ihrer BürgerInnen, die neuen Mitgliedstaaten aufzunehmen. Dazu muss die Union ihre Institutionen und Arbeitsmethoden anpassen – der Vertrag von Lissabon würde diese Aufgabe erfüllen. Die Union, und das heisst in erster Linie ihre Politiker, müssen sich noch mehr darum bemühen, die Herzen der Bürger und BürgerInnen zu gewinnen, um ihre gemachten Versprechungen und Bedingungen erfüllen zu können.

Ich bin davon überzeugt, dass die Erweiterung eine der grössten Errungenschaften der EU ist. Sie veranschaulicht auch den Erfolg von dem, das *Mark Leonard* die integrierende und "gestaltende Macht" Europas nennt, ein Konzept, das von *Joseph Nye* als "Softpower"<sup>5</sup> bezeichnet wird. Durch ihre Anziehungskraft anstelle von Zwang konnte die EU das

---

<sup>1</sup> Webseite der EU-Kommission zum Thema Erweiterung: [http://ec.europa.eu/enlargement/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm)

<sup>2</sup> Artikel 49 (1): Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder beschließt.

<sup>3</sup> Artikel 6 (1) Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.

(2) Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben.

(3) Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten.

(4) Die Union stützt sich mit den Mitteln aus, die zum Erreichen ihrer Ziele und zur Durchführung ihrer Politiken erforderlich sind.

<sup>4</sup> [http://europa.eu/scadplus/glossary/accession\\_criteria\\_copenhagen\\_de.htm](http://europa.eu/scadplus/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm)

<sup>5</sup> Michael Reiterer (2008). "EU Foreign Policy: From Cooperation to Diplomacy". *EU Studies in Japan*, no. 28; SS. 27-44.

Schicksal des europäischen Kontinents von Spanien bis Polen und von Griechenland bis Estland beeinflussen. Niemand wurde zu einem Beitritt in die EU gezwungen. Im Gegenteil, die europäischen Länder waren nicht nur gewillt, sondern geradezu erpicht darauf, die Kriterien der EU zu erfüllen.

Derzeit verhandelt die Union mit **Kroatien** und der **Türkei**. Kroatien und Slowenien haben ein Grenzziehungsproblem. Das ungelöste Problem der zweigeteilten Insel Zypern belastet die Verhandlungen zusätzlich. Mazedonien ist ein Beitrittskandidat, doch Beitrittsverhandlungen haben noch nicht begonnen; hier wirkt u.a. der Namensstreit mit Griechenland belastend. Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien und Kosovo sind potenzielle Kandidaten, da wir eine umfassende Lösung für die Länder im Westbalkan brauchen, um die Region und damit den Kontinent stabilisieren zu können. Zurzeit erfüllt jedoch keiner dieser Staaten die nötigen Bedingungen. Die besten Chancen auf einen Beitritt in absehbarer Zeit hat Kroatien. Auch Island wird genannt, obwohl es noch keinen Antrag gestellt. 2011 galt als ein mögliches Datum für Kroatien, falls stetig Fortschritte erzielt werden und der genannte Grenzstreit beigelegt wird, wofür die Kommission jüngst Vorschläge und Druck gemacht hat. Erweiterungen ohne das Inkrafttreten des Vertrages von Lisabon sind kaum denkbar – Irland aber auch die Tschechische Republik, deren Regierung während der Präsidentschaft gestürzt wurde, spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die Kommission berichtet regelmässig über den Stand des Erweiterungsprozesses und über einzelne Länder<sup>6</sup> und erstellt ein Zwei-Jahres-Arbeitsprogramm.<sup>7</sup> Diese regelmäßige Berichterstattung und Evaluation der Fortschritte in **Bulgarien** und **Rumänien** ist neu und wurde aus der Einsicht eingeführt, dass beide Staaten noch Auf- und Nachholbedarf haben in der Schaffung leistungsfähiger Institutionen, dem wirtschaftlichen und politischen Aufbau sowie bei der Bekämpfung von Defiziten im Rechtsstaat, wie zum Beispiel der Korruption. Das war sich nicht nur die Union schuldig, sondern vor allem auch ihren Bürgern, die sichergestellt sehen wollen, dass öffentliches Geld sinnvoll und nach ihrer Bestimmung eingesetzt wird.

**Europa ist natürlich grösser als die EU.** Daher betrifft die **europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)**<sup>8</sup> diejenigen Länder, die keine oder noch keine Beitrittsperspektive haben. Wie es die verantwortliche Kommissarin für die ENP, Frau Ferrero-Waldner, beschrieben hat, wird "unseren östlichen und südlichen Nachbarn viele der früher nur den Mitgliedern vorbehaltenen Vorteile angeboten, wie zum Beispiel Teilnahme am Binnenmarkt, Beteiligung an EU-Programmen und Kooperation im Bereich von Transport- und Energienetzen... jetzt eine privilegierte Form der Beziehung, egal wie die zukünftige Partnerschaft mit der EU aussehen wird".<sup>9</sup> Die Nachbarschaftspolitik ist eines der wichtigen Mittel, um, wie eingangs erwähnt, keine neuen Grenzen in Europa entstehen zu lassen.

Angesichts des jüngsten Kaukasuskonfliktes hat die Kommission auf Wunsch des Rates bereits im Dezember 2008 eine neue **Östliche Partnerschaft** vorgeschlagen. Diese stellt ein Novum in den Beziehungen zu Armenien, Aserbaidschan, Belarus<sup>10</sup>, Georgien, Moldawien und der Ukraine dar. Sie ist eine sehr ehrgeizige Partnerschaft und sieht eine erhebliche Ausweitung des politischen Engagements vor, z. B. die Möglichkeit, eine neue Generation

---

<sup>6</sup> [http://ec.europa.eu/enlargement/press\\_corner/key-documents/reports\\_nov\\_2008\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/reports_nov_2008_de.htm)

<sup>7</sup> Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2008-2009,

[http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/press\\_corner/key-documents/reports\\_nov\\_2008/strategy\\_paper\\_incl\\_country\\_conclu\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/press_corner/key-documents/reports_nov_2008/strategy_paper_incl_country_conclu_de.pdf)

<sup>8</sup> EC Webseite über ENP: [http://ec.europa.eu/external\\_relations/enp/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/enp/index_en.htm)

<sup>9</sup> Benita Ferrero-Waldner (2006) "The European Neighbourhood Policy: The EU's Newest Foreign Policy Instrument". European Foreign Affairs Review, vol. 11; S. 140. (meine Übersetzung).

<sup>10</sup> Inwieweit Belarus an der Östlichen Partnerschaft teilnimmt, hängt von der Gesamtentwicklung der Beziehungen zwischen der EU und dem Land ab.

von Assoziierungsabkommen abzuschließen, die weitreichende Integration in die EU-Wirtschaft, die Vereinfachung der Einreisebedingungen in die EU bei Erfüllung bestimmter Sicherheitserfordernisse, verbesserte Vereinbarungen im Bereich der Energieversorgungssicherheit, die allen Beteiligten zugute kommen, sowie die Aufstockung der finanziellen Hilfe. Die EU schlägt eine intensivere, kontinuierliche Unterstützung der Reformbemühungen der Partner vor. Dazu soll ein umfassendes Programm für den Institutionenaufbau entwickelt und eine multilaterale Dimension geschaffen werden, sodass die Partner bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen zusammenwirken können. Die vorgeschlagene Partnerschaft beinhaltet neue Maßnahmen zur Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der sechs Länder sowie Initiativen, die für eine große Sichtbarkeit der EU-Unterstützung sorgen<sup>11</sup>.

Der Vollständigkeit wegen sei angemerkt, dass die ENP auch die Länder des Mittelmeerraumes umfasst, mit denen die Union im Juli 2008 die Mittelmeerunion<sup>12</sup> gegründet hat.

Lassen Sie mich jetzt zu einigen der wesentlichen Konzepte und Themen, die mit der Erweiterungsdiskussion innerhalb der EU verbunden sind, kommen. Dies sind namentlich Frieden, Integration, die wirtschaftlichen Erträge der Integration, aber auch die Defizite des Prozesses.

### **Friedenssicherung**

Die europäische Integration brachte Europa den bisher längsten Frieden und befriedete Deutschland und Frankreich. Die Menschen betrachten dies manchmal als selbstverständlich und akzeptieren das Friedensprojekt nicht mehr als ausreichenden Seinsgrund der EU. Ich bin da ganz anderer Meinung. Ohne die EU wäre die Vereinigung Deutschlands sehr unwahrscheinlich gewesen, Frankreich hätte vielleicht nicht zugestimmt. Die Anfälligkeit des Friedens zeigte sich, als beim Zusammenbruch Jugoslawiens ein Krieg ausbrach; schlimmer noch, wir waren wieder Zeugen eines Genozides in Europa. Auch der erwähnte Krieg zwischen Russland und Georgien fand sehr nahe bei Europa statt und stoppte nur einige Kilometer vor wichtigen Pipelines, die Europa Energie liefern.

Es ist auch das **Europa der Regionen**, ein Baustein der Union, das Gebieten erlaubt, formelle Grenzen innerhalb Europas zu überwinden. Ich denke da zum Beispiel an Nord- und Südtirol, die in Brüssel auch physisch unter einem Dach zusammenkamen. Es ist auch für Minderheiten einfacher, ihre Kultur unter dem gemeinsamen Dach Europas zu leben.

Deshalb ist Frieden nicht nur aus ökonomischen Gründen ein wichtiges Ziel der Union. Doch ein dauerhafter oder nachhaltiger Frieden kann nicht auf Abschreckung, Angst und Bedrohung oder im Schatten eines möglichen nuklearen Holocaust geschaffen werden. Darum beruht die europäische Idee auf dem Bauen von Brücken, auf der Kooperation, die zur gegenseitigen Abhängigkeit führt. Dies ist die wichtige Botschaft der europäischen Integration und dadurch weckt das Vorbild der EU internationales Interesse und dient als Beispiel für regionale Integrationsbestrebungen, sei es in Afrika die Organisation der Afrikanischen Union, oder in Asien in Form der kürzlich verstärkten Bemühungen der

---

11

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1858&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<sup>12</sup> [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/misc/103733.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/misc/103733.pdf) Michael Reiterer (2009). „The ‘Union for the Mediterranean’, the European Neighbourhood Policy and the Barcelona Process: Old wine in new bottles?“. EU Studies in Japan, vol.29; SS. 123-155.

ASEAN, Vereinigung der südostasiatischen Staaten, die 2008 die ASEAN Charta<sup>13</sup> ratifiziert haben.

*Robert Cooper*, ein führender EU-Diplomat, hält in seinem viel diskutierten Buch "*The Breaking of Nations*"<sup>14</sup> fest, dass zwischenstaatliche Beziehungen innerhalb der EU eine Art postmodernen oder post-westfälischen Zustand erreicht haben. Er glaubt, dass durch die integrative Macht der EU eine Zeit des dauerhaften Friedens, basierend auf dem Rechtsstaat und den EU-Institutionen, begonnen hat. Gemäss seiner Analyse bewegt sich die EU in ihren inneren Angelegenheiten sehr nahe auf die konkrete Anwendung der kantianischen Idee einer Brüderschaft von republikanischen Demokratien, die nie Kriege gegeneinander führen, zu. Die Integration Osteuropas in die EU ist hauptsächlich ein Unterfangen, um den Frieden auszudehnen und dessen Nachhaltigkeit auf dem europäischen Kontinent sicherzustellen.

Die Geschichte zeigt uns, dass nach dem Zerfall eines Imperiums die Welt normalerweise Zeuge einer Periode der Instabilität und des Krieges wird, da sich die Machtverhältnisse ändern und alte Allianzen ihre Berechtigung verlieren und wieder angepasst werden müssen. Dank der EU und der Unterstützung der USA und der NATO konnte Europa eine grössere Krise oder sogar Chaos nach dem Untergang der Sowjetunion verhindern.

Ich würde sogar sagen, dass den osteuropäischen Ländern dank der engen Kooperation mit der EU durch die Vor-Beitrittsstrategie, die 2004/2007 zum Beitritt geführt haben, ein Wiederaufblühen des Nationalismus nach Jahren der Unterdrückung, der zu Konflikten innerhalb und unter früheren Satellitenstaaten der Sowjetunion hätte führen können, erspart geblieben ist:

Dadurch, dass den osteuropäischen Staaten eine europäische Perspektive und ein offener Regionalismus vorgelebt wurde, trug die EU dazu bei, dass reaktionäre Kräfte eingedämmt wurden und die Kräfte, die durch den Kollaps der Sowjetunion frei wurden, für eine friedliche Transformation Osteuropas genutzt wurden, die in der Mitgliedschaft in der Union für viele mündeten.

Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft hinderte viele nationalistische Bewegungen daran, an die Macht zu kommen, zu einer Zeit, in der Populismus normalerweise zunimmt. Die Machtergreifung *Slobodan Milosevic* in Jugoslawien bildet die traurige Ausnahme, die die Regel bestätigt. Meiner Meinung nach ist es kein Zufall, dass in Gegenden, in denen die EU keine europäische Perspektive anbieten wollte oder konnte, wie im Kaukasus und auf dem Balkan, Krieg ausgebrochen ist und Unsicherheit bis heute herrscht.

Die Bereitschaft, mit der neu gegründete, wieder gegründete oder befreite Staaten ihre Souveränität in der EU vereinigen wollen, anstatt diese wertvolle Errungenschaft auf dem Alleinweg auszuüben, bestätigt das, was ich vorher als "Softpower" der Union bezeichnet habe. Kein Staat wurde dazu gezwungen, einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen: Jeder Staat hat freiwillig, nachdem er demokratisch wurde, seinen Willen dazu geäussert. Nach nur 15 Jahren ist ein zuvor künstlich geteiltes Europa wieder durch den europäischen Integrationsprozess weitgehend vereint.

### **Integration:**

Um dies zu erreichen, bauten die osteuropäischen Staaten ihre institutionelle und intellektuelle Infrastruktur in einem interaktiven Prozess von ökonomischen und politischen Kräften um. Oder um es in den Worten von *Ernest Gellner* zu sagen, in der Interaktion von Staaten und Märkten.

---

<sup>13</sup> <http://www.aseansec.org/ASEAN-Charter.pdf>

<sup>14</sup> Robert Cooper (2003) *The Breaking of Nations*. Atlantic Books.

Was meine ich mit intellektueller und institutioneller Infrastruktur?

Während Jahrzehnten wurden die politischen und ökonomischen Systeme durch unverantwortliche autokratische Bürokratien geführt. Die Konzepte des Rechtsstaates, partizipatorische Demokratie und Transparenz waren entweder missbraucht worden oder unbekannt.

Um diese Ziele zu erreichen, mussten die osteuropäischen Staaten enorme Reformen, die oft schmerzvoll, aber nötig waren, durchführen. Entscheidend für das Gelingen dieser sehr schwierigen Aufgabe in so kurzer Zeit war die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft.

Ohne diesen Anreiz hätten die Menschen in Osteuropa diese Reformen nicht mitgetragen und erduldet, sondern hätten sich nach den guten alten Zeiten zurückgesehnt, in denen das Leben geregelt und voraussehbar war und ein gewisser materieller Minimalstandard quasi automatisch geliefert wurde. Die liberalen Eliten an der Front dieses Transformationsprozesses brauchten diesen Anreiz und die Unterstützung der EU, der USA und der NATO.

Dies bedeutet nicht, dass der Übergang ohne Probleme und Gegenreaktionen stattfand. Die Privatisierung von Staatsbesitz war oft ein mühseliger Prozess und gelangte nicht immer in die richtigen Hände; ethnische Spannungen sind latent vorhanden und tauchen von Zeit zu Zeit wieder auf. Die relativ neuen demokratischen Institutionen haben Kindheitsprobleme, die Korruption ist noch nicht verschwunden. Auch die **Geschichte** wird man so lange nicht ruhen lassen können, wie man sich ihrer nicht annimmt und Verantwortlichkeiten und Schuld geklärt sind. Denken Sie an das Erbe der Archive verschiedener kommunistischer Geheimdienste oder die Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen und Genozid, mit denen sich der Gerichtshof in Den Haag abmüht.

Dennoch gibt es Defizite, die nicht nur nicht verschwiegen, sondern offen diskutiert und bekämpft werden.

### **Defizite**

Bulgarien und Rumänien haben nicht unbedingt dasjenige Engagement für justizielle Reformen gezeigt, das sich Brüssel erhofft hatte. Auch der Kampf gegen Korruption bleibt ein Hauptthema. Im Rahmen des bereits erwähnten Überwachungsmechanismus, der parallel zum Beitritt der zwei Staaten 2007 geschaffen wurde, beurteilt die Europäische Kommission regelmässig den Stand des Reformprogrammes und berichtet darüber. Als Anreiz dafür, die Reformen auch wirklich bis ans Ende zu bringen, hat die Europäische Kommission die Möglichkeit, die Unterstützung zu verweigern. Dies wurde nun zum ersten Mal gemacht, als 220 Millionen Euro zurückbehalten wurden, weil bei der Korruption nicht wesentliche Fortschritte erzielt worden sind. Weitere Kürzungen sind möglich, sollte Bulgarien nicht so schnell als möglich die nötigen korrigierenden Massnahmen ergreifen. Rumänien weiss, dass es seine eigenen Anstrengungen verstärken muss.

Kritiker und Skeptiker des Erweiterungsprozesses sehen sich durch diese Entwicklungen bestätigt.

Ich würde diese Meinungen jedoch mit den folgenden Argumenten zurückweisen:

Erstens ist es einleuchtend, dass die ost- und zentraleuropäischen Staaten in gewissen Bereichen zurückliegen - es wurde kein westeuropäisches Land in 20 Jahren geschaffen. Es gibt keine Alternative zur Integration, im Gegenteil, ohne Mitgliedschaft wäre die Situation schlechter und hätte negative Auswirkungen auf ganz Europa. Entgegen der Ansicht

mancher ist der Prozess ist noch nicht abgeschlossen, im Gegenteil, ein langer Weg liegt noch vor uns.

Zweitens sind die EU-15 und die neuen MS bereits stark miteinander verflochten, wirtschaftlich und politisch. Die meisten Banken in den neuen MS gehören EU-Banken, die Investitionsmittel zur Verfügung stellen. Litauen, Ungarn und Rumänien in der jetzigen Finanzkrise nicht zu unterstützen, wäre nicht nur keine Alternative, sondern ihre Unterstützung ist im Interesse aller europäischen Staaten.

Drittens findet Populismus in Zeiten von wirtschaftlicher Unsicherheit mehr Zustimmung, die Gefahr einer erhöhten Sichtbarkeit von Nationalisten steigt. Die institutionelle Struktur und die rechtlichen Rahmenbedingungen der EU, der Sozialisationsprozess der europäischen Integration, schränken jedoch solche Tendenzen ein. Demokratien müssen mit solchen Bewegungen umgehen können, auch wenn sie diese nicht verhindern können, wie einige Beispiele in den EU-15 Staaten und den neuen Mitgliedstaaten zeigen. Doch müssen diese Tendenzen innerhalb der Grenzen bleiben, die durch das institutionelle Gerüst, welches auf gemeinsamen Werten beruht, gegeben sind. Unterschiedliche Meinungen oder Konflikte unter MS führen zur Diskussion, zu Verhandlungen oder einem Gerichtsverfahren, jedoch nicht auf das Schlachtfeld. Dies ist eine der Haupterrungenschaften der EU und an sich schon Rechtfertigung genug für vergangene und künftige Erweiterung.

Die Erweiterung wirft die Frage nach den **Grenzen Europas** auf<sup>15</sup> - ein komplexes Thema, mit dem ich mich im Rahmen dieses Vortrages nicht beschäftigen kann.

Die Bürger und Bürgerinnen Europas erwarten eine Antwort auf diese Frage. Die Unsicherheit, hervorgerufen durch die unbeantwortete Frage, ist Teil der Unbehaglichkeit der europäischen Öffentlichkeit mit der EU. Darum sollte die Frage nicht länger vor uns hergeschoben, sondern ein informativer und informierter Diskussionprozess gestartet werden.

### **Die wirtschaftlichen Aspekte der Erweiterung – Die Dynamik in der Vergangenheit sowie die Auswirkungen der aktuellen Krise:**

#### **Die Dynamik der Vergangenheit**

Wie die BIP-Wachstumsraten der letzten Jahre zeigen, haben diese Reformen funktioniert:

- Seit dem Beitritt zur EU haben die neuen Mitgliedsstaaten (MS) eine doppelt so hohe Wachstumsrate wie die EU-15. Vorletztes Jahr, im 2007, wuchsen die EU-15 durchschnittlich um 3.2% und die neuen Mitgliedstaaten um 6.3%.
- Handel zwischen den EU-15 und den zentral- und osteuropäischen MS vervierfachte sich seit der ersten Hälfte der 90er-Jahre.

**Die Dynamik der letzten Jahre in Zentral- und Osteuropa kam uns allen zugute.** Vor der Erweiterung 2004/2007 wurde viel über Delokalisierung, die Aushöhlung westeuropäischer Industrien durch eine Umsiedlung nach Ost- und Zentraleuropa diskutiert. Europäische Autohersteller wie Renault, Volkswagen, aber auch die japanische Firma Suzuki, haben neue Produktionsanlagen in Ost- und Zentraleuropa eröffnet. Durch die Reorganisation ihrer Produktion und Logistik haben europäische Firmen ihre Aktivitäten rationalisiert und an Effizienz gewonnen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt stärkt. Ohne diese

---

<sup>15</sup> Michael Reiterer (2007). "EU-Enlargement – How far? How fast?". *Oita University Economic Review*, no.2, July; SS. 1-20.

Massnahmen, würde die jetzige Krise die Region noch stärker treffen. Die Rückverlagerung von Produktionen aus kurzfristigen Überlegungen wird keine nachhaltigen Effekte haben, sie strapaziert die notwendige Solidarität nur unnötig.

Ausser der erhöhten Wettbewerbsfähigkeit bringt eine industrielle Restrukturierung auch andere positive Effekte mit sich. Grenzüberschreitende Produktionsnetzwerke erwiesen sich als wahrhaftige Win-Win-Situationen, für die alten und die neuen MS gleichermaßen.

- Der Lebensstandard und die Beschäftigungsquote sind in den alten wie in den neuen MS gestiegen.
- Empirische Nachweise belegen, dass die Anzahl neu geschaffener Stellen in den EU-15 viel höher ist als die Anzahl der durch die Delokalisation von Produktionsstätten in andere Teile Europas verlorenen Stellen.

Darum ist die Geschichte über die Erweiterung als ein Nullsummenspiel von niedrigen Produktionskosten und Delokalisation falsch. Die neuen MS brachten den EU-15 einen begierigen Markt von 100 Millionen Menschen und die EU-15 brachten den Firmen der neuen MS einen voll entwickelten Markt von 400 Millionen Menschen sowie Anstellungsmöglichkeiten.

Die Erweiterung vergrösserte den europäischen Binnenmarkt und die Gesetzeslage für alle Unternehmen. Gemeinsame Standards wurden eingeführt und angehoben und die Umsetzung der Vorschriften sind verbessert worden, um gleiche Bedingungen für alle zu schaffen. Europäische Firmen konnten dadurch von einer Reihe von neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten für Produktion und Verkauf innerhalb der erweiterten Union profitieren.

Trotz Krise wird von den neuen MS-Staaten, im Gegensatz zu den alten, noch immer ein Wirtschaftswachstum erwartet. Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaft<sup>16</sup> sagt im Februar 2009 voraus, dass es trotz des stark gebremsten Wirtschaftswachstums der ost- und zentraleuropäischen Länder zu keiner Rezession kommen wird. Das Wirtschaftswachstum wird von 6.2% im 2007, auf 4% im 2008, bis auf 0% im 2009 fallen. Für 2010 sieht ein optimistisches Szenario eine moderate Erholung auf 1.5% vor, 2011 wieder 3,3%. Im Vergleich zur EU 27 sind dies verhältnismässig bessere Prognosen auf Grund des Nach- und Aufholbedarfes. (EU 27: 2,9% in 2007; 0,9% in 2008; -1,8% in 2009; 0,5% in 2010.)

Es wird auch erwartet, dass die Arbeitslosenquote von 7.7% im 2007, auf 6.9% im 2008, auf 9,4% im 2009 und 9,6% 2010 steigt. (EU 27 Zahlen: 7,1% in 2007 und 2008, 8,7% in 2009 und 9,6% in 2010.) Im Jahr 2006 war die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den neuen MS 10%. Dies bedeutet, dass sich die Arbeitslosenquoten immer noch tief unter dem Niveau vor dem Beitritt befinden. Darum ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Wirtschaftskrise zu einer Immigrationswelle von den neuen MS in die anderen EU-Staaten führen wird.

### **Migration und die Öffnung des Arbeitsmarktes**

Eine Studie der Europäischen Kommission aus 2008 bestätigt, dass die EU-15 massiv von der Öffnung des Arbeitsmarktes profitiert hat.<sup>17</sup> Mobile Arbeiter aus den Ländern, die der EU

<sup>16</sup> [http://www.fiw.ac.at/fileadmin/Documents/Daten/wiiv\\_Daten\\_ZOS/Allgemein/outlook.xls](http://www.fiw.ac.at/fileadmin/Documents/Daten/wiiv_Daten_ZOS/Allgemein/outlook.xls)

<sup>17</sup> <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=414&furtherNews=yes>

im 2004 oder 2007 beigetreten sind, hatten einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft der MS und führten nicht zu ernsthaften Störungen des Arbeitskraftmarktes. Die Situation ist vergleichbar mit den Ängsten, die in den 80er-Jahren, als Griechenland, Portugal und Spanien der EU beitraten, umgegangen sind und sich als unbegründet herausgestellt haben.

Die Situation in der EU ist vergleichbar mit derjenigen in der Schweiz, wo der freie Personenverkehr der Schweizer Wirtschaft Zugang zu den dringend benötigten, hoch qualifizierten Arbeitskräften ermöglichte.

- Die vielen Menschen der MS, welche in GB arbeiten, haben zum Beispiel viel mehr zur englischen Wirtschaft beigetragen, als dass sie dem Sozialsystem durch Inanspruchnahme sozialer Unterstützung, die ihnen grösstenteils zustand, geschadet haben. Das Gleiche gilt für die Schweiz, die die Vorteile der Personenfreizügigkeit hauptsächlich durch Personen aus der EU-15 zu spüren bekam.
- Diese Entwicklungen in der Öffentlichkeit positiv darzustellen, ist nicht immer einfach: Für die neuen MS bedeutet die Öffnung des Arbeitsmarktes zuerst einen "brain drain", der eventuell später, wenn die hart arbeitenden jungen Leute mit ihrer Erfahrung und ihrem im Ausland erwirtschafteten Geld zurückkehren, zu einem "brain gain" wird. Wenn Länder zu MS und dadurch attraktiver werden, kehren die jungen Leute zurück, um eine Arbeit aufzunehmen oder ein Geschäft zu eröffnen. Im Hauptsitz von Microsoft in Washington stellen die Rumänen die zweitgrösste Ausländergruppe nach den Indern. Seit zwei Jahren jedoch kehren immer mehr Rumänen, angezogen durch die neu geschaffenen Möglichkeiten, in ihr Heimatland zurück.

Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes ist und war sowohl in der EU als auch in der Schweiz ein politisch heisses Thema. Die Entscheidung des Schweizer Volkes vom 8. Februar 2009 für eine Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien hat in der Union Anerkennung und Respekt ausgelöst.

### **Die Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise**

All diese Errungenschaften sind zwar von der **Finanz- und Wirtschaftskrise** in Frage gestellt oder gar bedroht, doch dürfen darüber die erbrachten Leistungen nicht vergessen werden. Im Unterschied zur von den USA ausgegangenen Finanzkrise, sind die meisten in den osteuropäischen Staaten aushaftenden Kredite projektbezogen, d.h. der realen Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Natürlich ist ein Volumen von 1 188 Milliarden Euro aushaftenden Krediten besorgniserregend. Mehr als die Hälfte davon fällt auf 5 Staaten, nämlich Österreich, Deutschland, Italien, Frankreich und Belgien.

Daher war es auch wichtig, dass die EU vor kurzem den Zahlungsbilanzhilfsfonds der Kommission von 25 auf 50 Milliarden Euro verdoppelt hat. Dank dieser Mittel konnte gemeinsam mit dem IWF der Staatsbankrott von Lettland, Ungarn und Rumänien verhindert werden.

Der Beitrag der Union von 75 Milliarden Euro (102 Milliarden Dollar) zur Mittelaufstockung des Internationalen Währungsfonds von 250 auf 500 Milliarden Dollar kommt indirekt auch den europäischen Nicht-EU-Staaten wie beispielsweise der Ukraine zugute. Zusätzlich wurde ein Konjunkturpaket von zusätzlichen 5 Milliarden Euro geschnürt, aus dem in Energie- und Breitbandinfrastruktur investiert werden soll. Das wichtige Gasleitungsprojekt Nabucco, geschätzte Gesamtkosten von 8 Milliarden Euro, bekam sofort 200 Millionen Euro zugesprochen.

**Ein Wort zum Euro:** Eine Lockerung der Beitrittsbedingungen zum **Euro**, der sich als Anker in der Finanzkrise bewährte, kommt nicht in Frage. Waren doch von der Krise insbesondere diejenigen Länder betroffen, die makro-ökonomische Ungleichgewichte haben; deren Korrektur kann der Euro nicht ersetzen, die Reihenfolge Konvergenz, dann Einführung der Währung ist im Interesse der Stabilität des Euro beizubehalten.

### Schlussfolgerungen

Ohne die Erweiterung ständen Osteuropa, aber auch die Union und der Rest Europas, schlechter da. Dies gilt auch für die Schweiz, die von den Stabilisierungsbemühungen der Union innerhalb und ausserhalb ihrer Grenzen auf Grund ihrer engen wirtschaftlichen Verflechtung profitiert.

Die jetzige Krise belegt eindrücklich, dass Lösungen nur gemeinsam zu finden sind – gemeinsam auf europäischem Niveau sowie gemeinsam auf globalem Niveau. Gemeinsamkeit erhöht die Wirksamkeit, verhindert aber auch nationale Alleingänge und Protektionismus. Gerade zu letzterem, der Verhinderung und Einschränkung des Protektionismus, hat die Europäische Kommission in den letzten Wochen ihren Beitrag geleistet. Die Erweiterung der Union, die den Raum der Stabilität ausdehnt und die Hand in der Krisenbewältigung im gemeinsamen Interesse reicht, wird durch diese Entwicklungen bestätigt.

Dennoch, die Herausforderung bleibt bestehen - viel Arbeit und auch Überzeugungsarbeit sind noch zu leisten. Für die Zukunft der Erweiterung ist der Vertrag von Lissabon zentral: Er wird sowohl als notwendige Basis für den institutionellen Umbau der Union als auch als Handlungsgrundlage für künftige Erweiterungen angesehen.

Denn es gilt das Ziel zu sichern, das in der Berliner Erklärung 2007 anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Union klar und verständlich formuliert wurde:

„EUROPA WAR ÜBER JAHRHUNDERTE eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Die europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand ermöglicht. Sie hat Gemeinsamkeit gestiftet und Gegensätze überwunden. Jedes Mitglied hat geholfen, Europa zu einigen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist. Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war.“<sup>18</sup>

---

<sup>18</sup> [http://europa.eu/50/docs/berlin\\_declaration\\_de.pdf](http://europa.eu/50/docs/berlin_declaration_de.pdf)